

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abzugspreis: Einzelnummer 60.— Mk. Durch Austräger 800.— Mk. pro Woche. Durch die Post 900.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft. Reklamationsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfachkonto Nr. 810 50. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8837.

Donnerstag, 15. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 50.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 150.— Mark.

Wie sie uns ausplündern!

Sie verdienen, wenn der Dollar steigt — sie verdienen, wenn er fällt.

Breslau, 14. Februar.

Als die französischen Truppen ins Ruhrgebiet einmarchierten, haben die deutschen Börsenjobber aus nationalistischen Motiven profitulüster den Wert des Dollars bis auf 50 000 Mark hinaufgetrieben. Die „geistig und wirtschaftlich führenden Schichten“, also die Großkapitalisten, haben die Preise dem Dollarstand von 40 000 bis 50 000 und darüber hinaus angepaßt. Obwohl die geförderten Kohlenvorräte für 45 Tage ausreichen, wurde der Kohlenpreis erhöht: am 12. Januar um 67,3 Prozent, am 1. Februar um 80 Prozent, am 9. Februar um 100 Prozent! Das bedeutet eine schlagartige Erhöhung des Kohlenpreises seit der Besetzung des Ruhrgebietes. Mehrfach ist es mit den Preisen für Stahl, Eisen, Holz, Leder, Webwaren usw. Die Löhne jedoch blieben dieselben oder sie wurden unwesentlich „erhöht“. Tatsächlich aber wurden sie dadurch abgebaut. Dadurch wuchsen der Profit der Kapitalisten und die Not der Proleten ins Unermessliche. Obendrein hatten diese Valutahäner noch die Sitten, in ihrer Presse den Proleten vorzuschwindeln, daß an ihrer Not einzig und allein die „Franzosen“ schuld wären. Die Kapitalisten nützen die Besetzung des Ruhrgebietes als eine günstige Gelegenheit, einen großangelegten Beutzug zu machen auf die Taschen des Proletariats. Die „berufenen Arbeitervertreter“ der USPD, des ADGB und der Ufa helfen dabei den Kapitalisten, weil sie die Regierung Cuno stützen, die wiederum die Großwucherer unterstützt, den Steuerbetrug duldet. (Im Dezember haben die Proleten von ihren Hungerlöhnen durch direkte Steuern 84 Prozent aller Steuern aufgebracht, während die reaktionären 14 Prozent durch indirekte Steuern aufgebracht werden, zumal die Kapitalisten seit 1920 noch keine Besitzuern bezahlt haben.)

Die Kapitalisten haben den Preis des Dollars hochgetrieben, den Wert der Papiermark herabgedrückt und haben dabei „verdient“.

Jetzt senken sie den Preis des Dollars, „stürzen“ die Mark und verdienen wiederum!

Seit etwa 8 Tagen senken die Kapitalisten den Preis des Dollars. Während er vor 8 bis 10 Tagen noch 40 000 bis 50 000 Mark kostete — wurde er am Dienstag mit 27 000 Mark gehandelt. Das ist ein raffiniertes Börsenmanöver der Großwucherer. Sie haben mit Hilfe der Reichsbank den Kurs des Dollars gesenkt, dadurch die kleinen Spekulanten unsicher gemacht und sie dadurch veranlaßt, ihre Vorräte an Dollars, „Pfund“ oder Kronen an die Großwucherer zu einem niedrigeren Preis zu verkaufen.

Die Reichsbank hilft den Großwucherern, den Großhändlergewinnern und Valutahänern dabei und zwar auf folgende Weise: Seit etwa einer Woche verkauft sie einen großen Teil ihres Bestandes an ausländischen Zahlungsmitteln, die ihr durch die Zwangsabgaben der deutschen Exporteure zugeführt worden sind, um so den Kurs der deutschen Mark zu heben. Sie begründet diese Notwendigkeit mit den Erfordernissen des Durchhaltekrieges: für die kolkende Bevölkerung des Ruhrgebietes müßten billige Lebensmittel aus dem Ausland heringeschafft und für die Fortführung der deutschen Industrie billige Kohlen

und Rohstoffe beschafft werden. Tatsächlich läuft diese Aktion der Reichsbank darauf hinaus, den deutschen Exporteuren, also den Großkapitalisten, die Devisen, (ausländische Zahlungsmittel), die sie schweren Herzens abgeliefert haben, billig wieder zuzuschänzen. Die Großindustrie, die Großspekulanten und die Banken nehmen die von der Reichsbank jetzt billig angebotenen Zahlungsmittel nur allzu gern an, in der sicheren Voraussetzung, daß der Reichsbank sehr bald die Pust ausgehen dürfte und daß ihnen bei dem voranschreitenden neuen Sturz der Mark wiederum Milliardengewinne in ihre Geldsäcke fließen werden. Wenn sie nämlich erst einmal die Devisen aufgekauft haben — (Geld genug dazu haben sie ja, zumal ihnen der Sozialdemokrat Robert Schmidt als Wirtschaftsminister 3. Jt. 40 Milliarden Mark gestundet hat, an denen sie nach dem hohen Dollarkurs von 40 000 Mk. etwa 2 Billionen Papiermark verdient haben.) wenn sie also erst einmal die von der Reichsbank billig angebotenen Devisen aufgekauft haben, dann werden sie den Kurs dieser Devisen wieder erhöhen — hochziehen — und der Reichsbank bezw. dem Reich, dem „Vaterland“ die teuren Devisen verkaufen. Wenn erst der Dollar auf 60 000 oder 200 000 Mark steigt, dann werden sie diese Devisen wieder diese Dollars wieder verkaufen, die sie zum Kurs von 25 000 bis 27 000 gekauft haben!

Alle fremden Zahlungsmittel, die die Reichsbank dem Großkapital heute aus „wirtschaftlichen Erwägungen“ so billig zur Verfügung stellt, müssen besonders nach Wiederannahme der Reparationszahlungen an Frankreich und Belgien, durch eine neue gewaltige Herabdrückung des Marktkurses und durch weitere Ausplünderung der Arbeiterschaft wieder heringeholt werden. Schon nach wenigen Tagen dürften die großen Spekulantinnen ihre Gewinne, die ihnen von der Reichsbank zugesichert worden sind, in Sicherheit bringen und das Katz- und Maus-Spiel zwischen Warenpreisen und Marksturz wird weiter gehen.

So werden die Valutahäner an dieser „Hebung des Marktkurses“ wieder ungezählte Milliarden einstecken — auf Kosten des Proletariats. Denn die Fehlbeträge im „Staatshaushalt“ muß der Prolet durch Steuern einbringen.

In weiteren Kreisen erweckt dieses Fallen des Dollarkurses bezw. das „Steigen der Mark“ Hoffnungen auf eine Besserung der Lage. Tatsächlich ist diese „Aufbesserung des Marktwertes“ wie wir aufgezeigt haben, ein groß angelegtes Manöver. Es ist das gewaltigste Börsenmanöver, das je auf dem Rücken der breiten Massen ausgeführt worden ist.

Denn die Kapitalisten denken ja gar nicht daran die Preise herabzusetzen. Sie bleiben so wie sie sind. Sie werden vielmehr die „Aufbesserung“ des Marktkurses ausnützen als Begründung eines Lohnabbaues.

Die sozialpatriotischen Partei- und Gewerkschaftsführer unterstützen diesen Betrug, indem sie die Politik der Cuno-Regierung billigen. Noch in ihrer Nr. 33 schrieb die Volkswacht, daß die Cuno-Regierung eine Politik treibt, die sich „vortrefflich bewährt“ und „auch hier noch mit Erfolg angewendet werden kann.“

Sind die Arbeiter in der USPD und in den Gewerkschaften auch dieser Meinung?

Helft den Arbeitslosen!

Breslau, den 14. Februar 1923.

Helft den Arbeitslosen! rufen die Gewerkschaftsbürokraten und die USPD-Politiker, jene Leute, welche die Cuno-Politik und das von ihr verkündete Abbauprogramm, d. h. die Entlassung von Arbeitern, Angestellten und Beamten, unterstützt und gebilligt haben, Helft den Arbeitslosen! rufen sie, aber nicht die Kapitalisten, nicht der Staat soll helfen, sondern die Arbeiter, die Ausgebeuteten, Ausgepowerten, sie sollen von ihren Hungerlöhnen sich Abzüge zugunsten einer Notgemeinschaft für Sozialrentner und Erwerbslose gefallen lassen. Lehnen Entwürfe dieser von Gewerkschaften und USPD genährte Notgemeinschaftsgedanke nur in einer Scheu, vor einer wirklichen Hilfe zugunsten der Arbeitslosen.

Die Furcht der Amsterdamer in einer Front mit den Erwerbslosen, für deren Rechte zu kämpfen, hat das kranke Kind der Notgemeinschaft geboren.

Die Erwerbslosen in Breslau haben mit gutem Klasseninstinkt erkannt, daß ihnen durch jene famose Notgemeinschaft nicht geholfen werden kann. Ihr Vertreter hat in der letzten von den Betriebsräten einberufenen Versammlung ausdrücklich erklärt, daß die Erwerbslosen erstens einmal noch nicht einen Pfennig aus jener Notgemeinschaft erhalten haben und daß sie prinzipiell auf Almosen verzichten, sie verlangen vielmehr von der Breslauer Arbeiterschaft, daß dieselbe die Forderungen der Erwerbslosen aufnimmt und in einer Front mit ihnen für ihre Forderungen kämpft. Diese Forderungen sind: Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und dort, wo diese nicht möglich ist, Unterstützung der Erwerbslosen in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes. Besäßen die Notgemeinschaftsapatel Wirsich u. Co. noch einen Rest von Scham, so müßte ihnen die Schamrot ins Gesicht fliegen, wenn sie diese Forderungen mit den eigenen „Maßnahmen“ vergleichen. Während jeder gewerkschaftliche USG-Schuh weiß, daß die Arbeitslosigkeit bekämpft werden muß durch die Herabsetzung der Arbeitszeit, durch Verbot jeglicher Ueberstunden, haben die Wirsich es fertig gebracht, in Gemeinschaft mit dem Untertnehmer die Arbeiterschaft zu Ueberstunden zugunsten von Erwerbslosen und Sozialrentnern zu zwingen. Man blaut mit Hilfe von Lohnabzug und Ueberstunden ein Sammelbrot und ist so gnädig, aus demselben auch eine Bettelsuppe für die Erwerbslosen zu ziehen. Die Arbeitslosen aber spucken in diese Suppe der Notgemeinschaftler. Sie sind entschlossen, den Kampf auszunehmen für die Erhebung der Arbeitslosenunterstützung und für die Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Auch in Oesterreich führen die Erwerbslosen den gleichen Kampf. Sie erhalten bisher eine Unterstützung von 70 000 Kronen wöchentlich. Dasselbe ist jetzt auf 87 000 Kronen erhöht worden. Die Erwerbslosen halten an ihrer alten Forderung, 110 000 Kronen fest und die Vertreter des Arbeitslosenrates haben von den Gewerkschaften verlangt, zur Erzwingung dieser Forderungen in den Generalstreik einzutreten. Die österreichische Krone steht zur deutschen Mark wie 1:2. Allerdings muß bei Beurteilung der österreichischen Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt werden, daß sich die Geldbewertung dort in weit stärkerem Verhältnis als bei uns ausgewirkt hat; aber gehen wir nicht denselben Verhältnissen entgegen, wie sie in Oesterreich herrschen? Will das Proletariat angesichts des zum Himmel schreienden wachsenden Elends der Erwerbslosen untätig zusehen, will es die Arbeitslosen zur Verzweiflung treiben und zu Werkzeugen der Konterrevolution machen?

Sollen die Erwerbslosen von Not gepeinigt in die schützenden Organisationen eintreten? Sollen sie zu Lohnrüdnern und Streikbrechern werden?

Es ist höchste Zeit, daß die gesamte Arbeiterschaft sich endlich einmal an ihre Pflichten gegenüber den Arbeitslosen erinnert

und in einer Front mit ihnen kämpft. Nicht beikeln für die Arbeitslosen, sondern mit ihnen kämpfen muß unsere Parole sein. Der von den Gewerkschaftsvertretern früher bis zum Ueberdruß zitierte Spruch: „Nicht beikeln, nicht bitten, nur mutig gestritten“ scheint aus dem Gedächtnis dieser Klassenkämpfer vollkommen verschwunden zu sein. Wohl reklamieren sie dann und wann in Volksversamm-

Kein Geld für Arbeitslose — Milliarden für Königsbauer.

Die Erbitterung der Arbeitslosen, denen in ihrer furchtbaren Not weder Gemeinden noch Regierung Hilfe gewähren, wächst überall von Tag zu Tag. In Leipzig schloß sich dieser Tage an eine Arbeitslosenversammlung eine Demonstration vor dem Rathaus. Die Arbeitslosen entsandten eine Deputation zum Rat der Stadt und verlangten ausreichende Unterstützung. Besondere Empörung löste es unter den Arbeitslosen aus, daß die „sozialdemokratische“ Regierung Milliarden dem ehemaligen „Königshaus“ in den Rücken wirft, und Millionen für die Polizei bereitstellt, aber für die Arbeitslosen keine Mittel hat, um der entsetzlichen Not zu steuern. Ganz wie in Preußen!

Steigende Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet!

Und wird gemeldet:

Sofolge des Kohlenkrieges nimmt die Arbeitslosigkeit immer mehr zu. In München-Gladbach sind allein 5000 Metallarbeiter arbeitslos. In den Versammlungen der Arbeitslosen wurde ein Arbeitslosenrat gewählt, der u. a. die Forderung nach restloser Bezahlung des Lohnausfalls durch die Kommune sowie sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und Bezahlung nach dem Tarif für die Arbeitslosen aufstellte. Es gelang dem Druck der Arbeiterschaft, den größten Teil der Forderungen durchzusetzen. So erhalten die Erwerbslosen über 20 Jahre jetzt 6000 Mark Unterstützung pro Tag.

Immer scharfer wird die Arbeiterklasse von den Folgen des Wirtschaftskrieges getroffen. Rücksichtslos werfen die Kapitalisten Tausende von Arbeitern auf die Straße, obwohl die Unternehmer Ersatz ihres angeblichen Profitausfalles aus dem Ruhrhilfe-Fonds verlangen.

lungen das schöne Wort „Nur mutig gestritten“, wo es aber darauf ankommt, für die Arbeitslosen etwas zu erreichen, verlegen sich die mutigen Streiter auf das Betteln. Helft den Arbeitslosen! rufen auch wir Kommunisten der gesamten Arbeiterschaft zu. Aber helft ihnen nicht durch eine elende Bettelstunde auf Kosten der Armen und Vermögenden, helft ihnen durch Anwendung proletarischer Kampfmittel. Helft ihnen durch Solidarität! Macht die Forderungen der Erwerbslosen zu den Ehren, kämpft gegen den bürgerlich-sozialdemokratischen Magisterrat, der auf Kosten der Arbeitslosen noch ein glänzendes Geschäft macht und jene Bettelpfennige Arbeitslosenunterstützung durch Gartenarbeit abarbeiten läßt. Kämpft für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, kämpft gegen jede Überstunden, kämpft gegen das Abbauprogramm in Staat und Gemeinde, kämpft für die Unterstützung der Arbeitslosen in Höhe des ortsüblichen Lohnes.

Bedenkt, daß auch über Euch das Damokles-Schwert der Erwerbslosigkeit hängt. Heute noch voll beschäftigt, könnt Ihr wie beispielsweise der Breslauer Straßenbahner morgen bei Anwendung des Abbauprogramms, auf dem Straßenpflaster liegen. Um Eure Sache handelt es sich!

Darum nochmals: fort mit der Rotgemeinschafft! Betriebsräte, Vertrauensleute an die Front! Schließt die Kampforganisationen zwischen Arbeitern, Angestellten, Beamten und den Erwerbslosen!

Arbeiter! Laßt Ihr Euch das gefallen?

4 Milliarden Mark

Kredit verlangte die Regierung vom Reichstag. Wozu verlangte sie das?

Will sie endlich dafür sorgen, daß die Kriegsverletzten nicht mehr mit ihren Arm- und Beinlumpen, ihren zerfetzten Gesichtern, erlöschenden Augen, zapfennden Gliedern an den Straßen liegen müssen, um an den „Dank des Vaterlandes“ zu erinnern?

Will sie den arbeitsunfähigen Rentnern, den zermürbten Alten den Strich aus der Hand nehmen, an dem diese sich aufhängen wollen?

Will sie die Tuberkulose und den Stomatitis bekämpfen und verhindern, daß die Krankenhäuser die Bude schließen müssen?

Nichts von alledem!

500 Milliarden Mark

sind für den Kohlenkrieg im Ruhrgebiet bestimmt. Für den 10 Prozent Stimmes-Anteil am Erz- und Kohlenstift. Denn die Stämme, Thesen und Kompagnie wollen ihren Krieg nicht selber finanzieren.

Sie halten die Auslandsdevisen in ihren Geldschätzen.

Sie holen nichts zurück von den Milliarden, die sie ins Ausland verschoben haben.

Sie profitieren an ihrem eigenen Krieg, treiben die Preise in die Höhe und schröpfen die Finanzen des bankrotten „Vaterlandes“.

Mehr als 100 Milliarden Mark

werden alljährlich den Junkern geschenkt, die von der Regierung 1,5 Millionen Morgen Land gepachtet haben und pro Morgen nur 5,5 Mk. fürs ganze Jahr an Pachtzins bezahlen - während sie vom Morgen jährlich einwandfrei einen Reingewinn von 150-200 000 Mark einheben.

30 Milliarden Mark

haben die rheinisch-westfälischen Schwundindustriellen bereits vom Reiche erhalten, abgesehen von den Ansummen, die sie als Spekulationsgewinn bei der Kohlensteuerfundation eingestrichelt haben. Das ist Korruption. Und dieses Geld und anderes noch wird im Ruhrgebiet mit zur Demokratisierung der Arbeiterbewegung benutzt.

32,5 Milliarden Mark

sind den Großrentnern in Hamburg und Bremen in ihre großen Geldbäute geschüttelt worden. 12 Milliarden Mark hat ihnen der Reichstag nur bewilligt. Aber die Unternehmer, die ihre Schulden an das Reich nur in entwerteten Papierstücken bezahlen, die sogar mit den Lohnrentnern noch Spekulation treiben, sie prüfen durch ein Schiedsgericht aus dem Reiche Milliardenzuschüsse wegen der Geldentwertung heraus. 32,5 Milliarden sind schon bezahlt. Die Milliarden werden noch folgen.

So schmachtet die Großindustriellen und Schiffahrtskapitalisten am sterbenden Körper des Reiches.

Wer bezahlt die 4 Milliarden Mark?

Wie das Reich jetzt verlangt?

Die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner!

Die Hungerrentner!

Denn nur sie zahlen Steuern. Eine neue Last von Papiergeld wird herangezogen werden. Der Wert des Geldes wird ins Unergründliche sinken. Die Steuererwartungen werden immer toller.

Größer wird der Hunger. Schrecklicher der Umfang der Volkshunger. Das Massensterben kommt heran.

Und ihr, Arbeiter, wollt dem ruhig zusehen?

Fort mit der Korruption!

Fort mit der Kuno-Regierung!

Fort mit der Arbeiter-Regierung!

So laßt sie uns, die „Vaterlandskrieger“!

Die Nationalsozialisten und ihre Besatzung.

Angesichts des nationalsozialistischen Parteitag in München, zu dem Tausende schwer bewaffnete Tagelöhner dieser Partei und ihrer wichtigsten Abteiler aus allen Gegenden Deutschlands wagnungsweise zusammenströmten, bleibt die Frage interessant, aus welchen Quellen die reichen Mittel fließen, mit denen die Nationalsozialisten um sich werben. Es fiel allgemein auf, daß die Teilnehmer

am Münchener Parteitag freie Fahrt erhielten und mit Zehntausendmarktscheinen traktiert wurden. Eine Untersuchung förderte Resultate zutage, die bezeichnend sind für die Rolle der Nationalsozialisten als Hütel des deutschen wie des ausländischen, insbesondere des französischen Schwerkapitals.

In erster Linie steht der bayerisch: Industriellenverband

mit Herrn Dr. Kühle an der Spitze. Dieser Herr hat, wie selbst die süddeutsche demokratische Korrespondenz zugab, mit einigen anderen Mitgliedern des bayerischen Industriellenverbandes, Herrn Hiller, beträchtliche Summen zur Finanzierung der nationalsozialistischen Partei gegeben, um die Nationalsozialisten als Schutztruppe für gewisse Unternehmerkreise zu gewinnen. Schon der Vorgänger des Herrn Cuno, Hauptkurator der Deutschen Bank in Würzburg, Köll, hatte ursprünglich die Beziehungen zu den Nationalsozialisten aufgenommen. Daß die Mittel des Industriellenverbandes in unsaubere Kanäle fließen, hatte seinerzeit auch die „Münchener Post“ festgestellt.

In Westdeutschland hält der Krupp-Direktor Hugenberg mit 12 Millionen Mark, die er im vorigen Jahre dem Hitler für seine deutsch-vollständigen Sturmtruppen zur Verfügung stellte, den Rekord.

Nach verschiedenen, bis heute unwiderlegten Feststellungen hat das Organ der Nationalsozialisten, der jetzt sogar täglich erscheinende „Völkische Beobachter“ im Jahre 1922 an Subventionen erhalten: von einem

Reichsamtverlag in Berlin	230 000 Mark
Sanitätsrat Pittinger	100 000 Mark
Direktionsmitglied der Mannesmann-Röhrenwerke	70 000 Mark
vom Reichwehrgeneral Epp	60 000 Mark

Um ein richtiges Bild von den Summen zu geben, muß man sie entsprechend der inzwischen eingetretenen Markentwertung um das zehn- bis hundertfache multiplizieren.

Hitler macht gar kein Hehl daraus, daß er von jedem Geld nimmt, auch wenn es das Ausland ist. Den Nationalsozialisten tut es nichts, wenn auch ein deutsch-feindlicher amerikanischer Milliardär sich zwischen den Geldgebern befindet. Dr. bayerischen Nationalsozialisten werden nicht zuletzt von dem Amerikaner und Judenfresser Henri Ford, einem Großkapitalisten übersterblichen Kalibers, erhalten. Daneben sei bemerkt, daß ein prominenter Hauptling der Partei, der Stoßtruppführer Viedtke, längst

als bezahlter Agent Frankreichs

entlarvt ist, und teils eine verbrecherische, teils eine Rattenrolle auf Kosten seiner Geldgeber führte. Er spendete der Hitlerarmee große Summen, versorgte sie massenhaft mit Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen und versuchte in den Reichswehrkassen unter Aufwand riesiger Beträge mit Renten in Verbindung zu kommen, die zu Waffenziehungen bereit waren. Jetzt ist dieser gelbe Geißel, nebenbei amerikanischer Staatsangehöriger, wegen Landesverrats verhaftet worden, wobei ihm größtenteils Beträge, Franz- und Dollar, abgenommen wurden. Alle Abklammerungsversuche Hitlers brechen diesen Tatsachen gegenüber in sich zusammen.

So sehen sie aus die national- und deutschsozialen „Vaterlandskrieger“, an deren schmutzigen Händen das Geld der deutschen Industrie und der französischen Regierung fließt.

Reichstagsgebäude

am 12. Februar 1923

Dem Reichstag, der am Montag wieder zusammentrat, legte der Reichsminister Dr. Baezel in Vertretung des Innenministers den Entwurf eines Gesetzes vor, das die für die im Juli gebrauchte Vorlage durch eine noch heftigere Maßnahme ersetzt werden soll. Es handelt sich um die Einführung des Schusswaffenbeschränkungs- und der Bekämpfung des Raubers, will Schusswaffen beschränken, und den Raubverbrechen Vorschub vor zu tun, aber durch den Art. 6 von Paris heraus der Regierung die allgemeine Ermächtigung geben, vom geltenden Recht abweichende Bestimmungen zu treffen, um ferner die Einführung auf die deutschen Verhältnisse auszuwirken. Man kann daran natürlich allerlei verfechten und wird sich nicht scheuen, Ausnahmestimmungen gegen die Kommunisten und andere politisch mißliebige Personen nach Belieben zu treffen. Ebenfalls soll auch das Gesetz von der Regierung abgeändert werden dürfen, was sie dem Paragrafen der Reichsparteien folgend, nicht nur zum Zweck der Ausübung aller Strafen und Belgier, sondern auch zur Einführung anderer politisch lästiger Ausländer noch mehr als bisher benutzen würde.

Die Begründung des Ministers machte die Vorlage den Parteien dadurch noch schmerzlicher zu machen, daß er sie als eine kriegerische Abschweifung gegen das Militär, Substanz und Organismus der Franzosen bezeichnete und zum Überdies sich zum Überdies, ohne Rücksicht auf Parteigrenzen, äußerte.

Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Solmann diese Bedenken gegen die Vorbestimmungen. Er verlangte dann Maßnahmen gegen den spekulativen Börsenhandel. Zum Schluß ließ er es ausdrücklich nicht an patriotischen Zusicherungen fehlen und erklärte schon die bloße Frage, ob die Sozialdemokratie überhaupt, geradezu für den Reichstag. Die Sozialdemokratie wolle der Reichstag im nationalen Kampf der bestes Gebiet sein. Die bürgerlichen Parteien ließen sich dieses Bekenntnis wohlgefallen und es blieb nur ein einziger Herr als Redner der Sozialdemokratie, das Gesetz seiner schreiendsten Stellen zu entziehen und in keinem arbeitsfeindlichen Sinne anzugehen. Hinter nationaler Phrasen verbirgt die Regierung nur ihr Kriechen gegen die schamlose Abschweifung der Sozialdemokratie. Wollten auch ohne die jetzige Vorlage gleiche Handhaben zum Durchgreifen gegen Raubverbrechen vorhanden wären. Die Vorlage des Reichstages hätte nicht erst bei der Reichsregierung. Die Reichsgerichte hätten schon ganz anders als bisher eingegriffen können, statt nur ein paar kleine Strafen mehr oder weniger leicht anzufassen. Eine Regierung, die den tollsten Kohlenkrieg durch das Reichsfinanzamt selbst inszeniert und Landesregierungen, wie die Holstein im großen Maßstab mitmacht, sei eine ernsthafte Bekämpfung des Raubers überhaupt nicht zu erwarten. Im allerersten Sinne man ihr politische Ermächtigung, die h. Reichsgerichte gegen politisch mißliebige Personen und Parteien, sei es im Parteizweck, oder sonst wie erteilen. Man sollte lieber die Bekämpfung großer Koh-

nungen und die Eingliederung rückständiger Entkommen- und Vermögenswerten schnell durchzuführen und den Konsummenten die Lebensmittellieferung übertragen.

Nachdem ein Regierungsvorhaben erklärt hatte, daß die Regierung Maßnahmen zur schärferen Bekämpfung des Wuchers vorbereitet habe, wurde die Vorlage dem Reichstag übergeben, und es bleibt abzuwarten, in welcher verhältnismäßigsten Form sie daraus hervorgeht.

Halben-Kohlen für die Armen!

Die Verteilung der Halben mit Kohlen nimmt von Tag zu Tag schärfere Formen an. Die Bergarbeiter verlangen zur Abhilfe der Kohlennot der armen Bevölkerung und zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit die Abgabe der Kohlen zu bedeutend herabgesetzten Preisen an das werktätige Volk. Der 23. Februar der Betriebsräte von Rheinland-Westfalen saßte sich in seiner Sitzung am Sonntag, den 11. Februar, mit der Frage, und stellte folgende Forderungen auf:

Sofortige Abgabe von mindestens 40 Zentnern Hauskohlen an jeden Haushalt der Werkstätigen. Vor dem Kriege betrug der Kohlenpreis ungefähr 1,5 Stundenlöhne, auch jetzt soll die Kohle um mindestens 1,5 Stundenlöhne an die werktätige Bevölkerung abgegeben werden.

Die Forderung nach sofortiger Einführung der sechsstündigen Arbeit gewinnt immer mehr an Boden.

Dieses Beispiel beweist, daß die Arbeiter im besetzten Gebiet nur im rücksichtslosesten Kampf gegen das Unternehmertum sich vor dem Verhungern schützen können. Diesen Kampf müssen alle Klassengenossen unterstützen und dazu dient der Kampffonds des Reichsausschusses der Betriebsräte, den es unermüdet zu stärken gilt.

Der Abwehrkampf der rheinisch-westfälischen Betriebsräte.

Am Sonntag nahm auf einer Tagung in Barmen der Dreißigzweiger-Ausschuß der Rheinisch-Westfälischen Betriebsräte Stellung zur Lage der Arbeiterchaft im Rhein- und Ruhrgebiet und behandelte eingehend die Maßnahmen im Abwehrkampf gegen die französische und deutsche Reaktion. Angesichts der sich verschärfenden Notlage der Arbeiterklasse, der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel, Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit beschloß der Ausschuß, am Sonntag, 4. März, einen allgemeinen Betriebsrätekongreß für ganz Rheinland-Westfalen nach Essen einzuberufen.

Die Arbeiterchaft von Landeshut gegen die „Ruhrhilfe“

Am Montag, den 12. Februar fand in Landeshut eine vom Ortsrat eintreffende gutbesuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der die organisierte Arbeiterchaft von Landeshut zu der „Ruhrhilfe“ Stellung nahm. Der Referent des AOB bzw. der BSW, der für die Ruhrhilfe sprechen sollte, war nicht erschienen. Nach einem Referat des Genossen Kantsch und einer ergiebigen Diskussion wurde nachstehende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen:

Die heut versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen von Landeshut lehnen es ab, den Prozentkrieg der deutschen und französischen Kapitalisten mit ihrem Hungerlohn zu finanzieren. Die Beamten sind bereit, dem Aufbruch des Reichsausschusses der Betriebsräte Folge zu leisten und den revolutionären Kampffonds zu stärken. Die Versammelten sprechen der Kuno-Regierung das Recht ab, in Deutschland auch nur einen Tag länger zu regieren. Die Versammelten fordern eine sofortige Wirtschaftshilfe von 100 000 Mark, den proletarischen Klassenkampf, die Bildung einer kampffähigen Arbeiterregierung, Erfassung der Sachwerte, und Bildung eines Bündnisses mit Sowjet-Rußland.

Die „herrschende“ Klasse.

Das Proletariat muß sich das Gesicht der herrschenden Klasse genau ansehen. Bilder liefern die Herrschaften selber. Im Berliner „Mitt-Abendblatt“ schreibt Dr. Hermann Bachnide über die Ruhrkrise:

Der Dollar springt in die Höhe, und mit ihm springen die Preise. Für den Haushalt des Reiches werden jetzt nicht nur Milliarden, sondern Billionen angefordert und bewilligt, ohne daß den Ausgaben auch nur annähernd gleichwertige Einnahmen gegenüberstehen. Der deutschen Industrie droht die Kohlennot mit allen ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Die wesentlichen Einrichtungen geraten allmählich in die Hände der Franzosen. Die ins Ruhrgebiet geschaffenen Lebensmittel sind teilweise schon der Beschlagnahme verfallen. Und noch immer ist die Krise nicht auf ihrem Höhepunkt. Wir stehen am Beginn der Verwicklungen, auch der Kräfte vermag ihr Ende nicht vorauszusehen.

So unklar war die Bourgeoisie jedenfalls noch nie, um ihre Ohnmacht offen einzugehen. Aber es kommt noch besser. Herr Bachnide schließt seinen Artikel wörtlich:

Wir kämpfen den Schwersten, vielleicht den letzten Kampf um unsere Existenz. An Krisen waren wir gewöhnt; sie haben den deutschen Volkstörper wie ein Fieber immer von neuem geschüttelt. Jetzt ist die deutsche Krise da. Wie wir sie bestehen, das hängt in der Hauptsache von unserer eigenen Kraft, aber auch von den Ereignissen ab, die noch im Schicksal der Zukunft liegen.

Die Krise ist da, aber zugleich mit ihr die ganze Hilfslosigkeit dieser herrschenden Klasse, die weder Krieg noch Frieden schließen kann, die von einer Maßnahme zur anderen torlet und weder ein noch aus weiß. Und diese Bourgeoisie soll das Proletariat fürchten!

Schleifische Kundschau.

Unverhörte Arbeitermishandlungen in Bistupitz D.S.

Uns wird berichtet:

Am 5. Februar abends zwischen 11 und 12 Uhr wurde der Arbeiter Konstantin Wolny aus Zaborze Dorf vom Polizei-Wachmeister Fellner und dessen beiden Genossen angehalten, als er Bistupitz passierte. Der Arbeiter kam von seiner Arbeitsstelle Preußengrube mit einem Sack Kohle, die er sich von der Bergbehörde ausgelohnt hatte. Fellner fragte den Arbeiter nach dem Inhalt des Sackens. Da Wolny am selben Abend schon einmal angehalten worden war, gab er dem Beamten eine erregte Antwort. Der Polizei ließ W. ein paar Meter gehen, hielt ihn wieder an und verlangte eine Legitimation. Da der Arbeiter eine solche nicht hatte, forderte der Beamte ihn auf, mit nach der Wache zu kommen. Der Arbeiter sträubte sich, mitzugehen, da er noch einen weiten Weg vor sich hatte und außerdem hungerte. Darauf fesselten ihn die Beamten, schrieben ihn am Boden, schlugen ihn mit

am neuen Wohnort nicht sofort anmelden. Im Interesse aller...

Die letzten Kohlenpreiserhöhungen, die fast eine Verdoppelung...

Schwerathletik. Der Preisabschluss für die Mannschaftsstämpfe...

Selhammer. Kommunistische Jugend. Am Sonntag, den 11. Februar...

Badenburg. Augen auf! Vergarbeiter! Murren und Unzufriedenheit...

Heilsdorf. Die Mitgliederversammlung der SPD fand am Sonntag...

Die geschwindel wird. Immer noch behaupten unsere Gegner...

Heilsdorf. Die Armen müßten härter noch die Beschränkungen...

Kauflust. Nach dem letzten Anschlag sind die Preise für...

Die Kollegen. Die Kollegen Orlow vom DER sind im...

Leuerung, Fasziistengefahr und Ruhrbefehung! — Was weiter?

19 große öffentliche Volks-Versammlungen

Donnerstag, den 15. Februar: Meuselwitz: 7 Uhr, Kolbe.

Freitag, den 16. Februar, abends 7 Uhr: Freiburg: Buchwald. — Gindensburg. — Rgl. Mendorf.

Sonnabend, den 17. Februar: Döhlitz: 7.30 Uhr, Wintergarten. — Gannersdorf bei...

Referent anwesend. In allen Versammlungen nach dem Referat freie Ausprache!

Wir rufen an alle Klassenbewußten Arbeiter in dieser Stunde...

K. P. D., Bezirksleitung Ostpreußen.

Gräfenort Nr. Appeln. Kommunisten-Schiffleute. Herr Hegemeister...

Achtung! Gewerkschaftsfunktionäre! Am Sonntag, den 18. Februar...

Versammlungs-Kalender. Für jedes Dorf und jede Straße...

KPD. Bezirksleitung: Mag. Blücher, Breslau 1, Nikolajstr. 47.

Gold-Silber. Platin - Bruch, Dublee. Kauf über Reklamepreis...

Burgkrieg nicht Burgfrieden! EUSEN PAZLOWSKI. DEUTSCHLAND als KOLONIE?

DE SKRIPT FÜR JEDEN ARBEITER!

Der Vergütungsausschuß des Theaters trifft Sonntag, den 18. Februar...

Fellhammer. Sonnabend, den 17. Februar, nachm. 6 Uhr...

Gottesberg. Sonntag, den 18. Februar, abends 6 Uhr...

Caalan. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Messersdorf. Sonntag, den 18. Februar, nachm. 3 Uhr...

Milchtisch. Sonntag, den 18. Februar, nachm. 4 Uhr...

Waldenburg. Sonntag, den 18. Februar, nachm. 3 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...

Waldenau. Sonntag, den 18. Februar, abends 7 Uhr...